

Fakten und Argumente



ANGELA MERKEL:

Unsere **Wahlchancen** sind hervorragend

Rente und Ökosteuer, Arbeitsplätze und Mittelstand sind die bundespolitischen Themen im Wahlkampf in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Hessen. Mit Abstand das wichtigste Thema: die Rente.

Angela Merkel und Christoph Böhr haben deshalb

auf einer gemeinsamen Pressekonferenz nach der Sitzung des Bundesvorstands am 12. März die Wählerinnen und Wähler eindringlich davor gewarnt, in die rot-grüne „Rentenfalle“ zu tappen.

Vor allem Frauen sind die Verlierer der geplanten Re-

Fortsetzung Seite 3

INHALT

AGRARPOLITIK

Reimer Böge und Wilhelm Dietzel:
Land- und Forstwirtschaft brauchen Freiraum, um Umweltleistungen zu erbringen.

SEITE 8 - 9

DOKUMENTATION

Friedrich Merz:
Unsere Alternativen zur rot-grünen Wirtschaftspolitik.

INNENTEIL

■ Angela Merkel, Friedrich Merz und Maria Böhmer: Keine Rentenreform auf Kosten der Frauen (Seite 4) ■ Wolfgang Bosbach zum Asylbeschluss der Grünen: Unverantwortlich und widersprüchlich (Seite 6) ■ Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Seite 9) ■ Andreas Schmidt: Die wahre Herkunft der Däubler-Gmelin-Spende bleibt nebulös (Seite 11) ■ CDU/CSU-Initiative: Nazi-Demonstrationen unter dem Brandenburger Tor verbieten (Seite 12) ■ Volker Rühe zur Osterweiterung: Stärker über die Chancen sprechen (Seite 14) ■ Maria Eichhorn: Eichel spart die Familien arm (Seite 14) ■ Angela Merkel auf der Fachtagung der KAS zum Thema Globalisierung: Unsere Anforderungen an einen internationalen Ordnungsrahmen (Seite 15) ■ Eckpunktepapier der CDU-Landtagsfraktion in Schleswig-Holstein zur Lehreraus- und -fortbildung (Seite 18)

ES GIBT NUR EINE MEINUNG:

Trittin hat die Gemeinsamkeit der Demokraten verlassen

„Dies lag nicht in meiner Absicht.“ Mit diesem läppischen Schlusssatz in einem Brief an Laurenz Meyer glaubt Schröders Umweltminister seine Aussagen aus der Welt geschafft zu haben, die bis in die Reihen der rot-grünen Koalition hinein auch heute noch für große Empörung sorgen.

Weit davon entfernt, mit einer Entschuldigung die Wogen zu glätten, hat Trittin in diesem Brief sogar noch nachgelegt und seine schlimme Aussage in dem Rundfunkinterview vom 12. März („Meyer hat die Mentalität eines Skinheads“) – wie wenn er es noch nicht deutlich genug gesagt hätte – mit dem Satz verdeutlicht: „Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein – dies ist die populärste Parole auf den T-Shirts von Skinheads.“ Und selbst das hat ihm nicht gereicht. Er muss das „vor den Hinter-

grund einer Rekordzahl von Straftaten gegen ausländische Mitbürger“ stellen.

Er bestätigt damit, wie Laurenz Meyer ihm geschrieben hat, das „Unanständige“ seiner Aussagen, das nicht so sehr in der persönlichen Beleidigung liege, sondern darin, „die Gefahr durch rechtsradikale Gedanken und Gewalttaten zu instrumentalisieren“.

Die CDU wird sich mit Trittins „Absichts“-Erklärung nicht zufriedengeben, auch nicht mit den Worten des Regierungssprechers, nach denen Schröder über die Entgleisung seines grünen Kabinettsmitglieds einzig und allein „nicht amüsiert“ gewesen sein soll.

Von Rechts wegen müsste Trittin, wie die Union inzwischen fordert, zurücktreten. Die Gemeinsamkeit der Demokraten hat er jedenfalls bereits verlassen.

IMPRESSUM



UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Klingelhöfer Str. 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-370, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333, Vertrieb: Tel. (02226) 802-123, Verlagsleitung: Bernd Proffittlich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 193795-504 (BLZ 370 100 50), Abonnementpreis jährlich 60,- DM, Einzelpreis 1,60 DM, Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

Fortsetzung von Seite 1
 form. Entsprechend groß, wie die Parteivorsitzende berichtete, Enttäuschung und Empörung bei den Vertreterinnen von Frauen- und Familienverbänden, mit denen sie – zusammen mit Friedrich Merz und Maria Böhmer – am 9. März eine intensive Diskussion hatte (siehe: Seite 4–5).

Angela Merkel: „Partei-politische Motive haben keine Rolle gespielt. Einhellig war die Meinung: Diese Reform führt zum Aus der Witwenrente.“

Christoph Böhr rechnete vor: „4,7 Milliarden Mark Einsparungen bei der Witwenrente sind ein unverantwortliches Sonderopfer. Immer mehr Rentnerinnen werden zum Sozialamt gehen müssen.“

„... und der Wohneigentümer geht zum Pfandleiher“, fügte der rheinland-pfälzische Spitzenkandidat hinzu, um zu zeigen, was es letzten Ende bedeutet, wenn Wohneigentum als private Altersvorsorge nicht – wie es die CDU will – gefördert, sondern nur beliehen und den Banken verpfändet werden soll. Böhr: „Von sich selbst aufzehrenden Immobilien ist die Rede. Enteignung ist das. Nach dem Renten- nun der Häuserklaus.“

Die CDU hat gute Gründe, die Chancen bei den Wahlen am 18 und 25. März optimistisch zu beurteilen. Angela Merkel: „Zu unsern Gunsten wird sich auswirken: Eine große Zahl von Wählerinnen und Wählern hat sich noch nicht entschieden.“

Jahresplanung beschlossen

Der Bundesvorstand hat sich auch mit der Arbeitsplanung in diesem Jahr beschäftigt:

■ **Im Mai:** Die Zuwanderungskommission unter der Leitung von Ministerpräsident Peter Müller wird die Ergebnisse ihrer Arbeit dem Bundesvorstand vorlegen. Auf 5 Regionalkonferenzen unserer Partei soll darüber diskutiert werden.

■ **Am 7. Juni** wird in Berlin ein „Kleiner Parteitag“ (Bundesausschuss) stattfinden und über die Zuwanderungspolitik der CDU beschließen.

■ **Am 8. Juni** wird die CDU – ebenfalls in Berlin – einen „Zukunftkongress“ veranstalten.

■ **Vom 2. bis 4. Dezember:** Bundesparteitag in Dresden, der sich mit den Ergebnissen der Präsidiums-Kommissionen befassen wird.

LAURENZ MEYER:

Rückfall

Der Parteitagbeschluss der Grünen, Art. 16a Grundgesetz abzuschaffen, zeigt: Die Grünen sind noch nicht in der bundesdeutschen Realität angekommen.

Die Aufkündigung des Asylkompromisses übergeht die Ängste der Menschen. Das ist ein Bremsklotz für jede ernsthafte Integrationspolitik und mit uns nicht zu machen.

Mit verbalen Entgleisungen gegenüber Roland Koch und Friedrich Merz hatten Kuhn und Roth versucht, über innerparteiliche Differenzen hinwegzutäuschen und der Multi-kulti-Gesinnung der Grünenbasis genüge zu tun. Das ist völlig schief gegangen. Während das Präsidium der Grünen bemüht war, den Parteitagbeschluss durch Geschäftsordnungsanträge zu verhindern, hat sich die fundamentalistische Basis durchgesetzt. Die Grünen-Basis düpiert die Parteispitze und macht Herrn Kuhn und Frau Roth zu Herrschern ohne Parteivolk. Der schöne Schein der Regierungsfähigkeit ist geplatzt.

ANGELA MERKEL, FRIEDRICH MERZ UND MARIA BÖHMER:

Keine Rentenreform auf Kosten der Frauen

Anlässlich des Spitzengesprächs mit Vertreterinnen von Frauen- und Familienverbänden erklärten die Parteivorsitzende der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und die stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU Bundestagsfraktion:

Nach langem Hin und Her hat Rot-Grün im Bundestag eine zusammengeflückte Rentenreform im Alleingang durchgesetzt. Diese hat so gravierende Mängel, dass der Bundesrat einem wichtigen Teil des Gesetzespaketes seine Zustimmung verweigert hat.

Gerade die Frauen sind die Verliererinnen der Schröderschen Rentenreform. Frauen, die Kinder erziehen, haben es beim Aufbau ihrer Altersvorsorge schwerer, denn sie können weniger in die Rentenkasse einzahlen. Die SPD ist mit dem Versprechen angetreten, die eigenständige Alterssicherung für Frauen zu verbessern. Aber ihre rotgrüne Rentenreform bewirkt genau das Gegenteil: Sie bringt massive Verschlechterungen. Dies ha-



Angela Merkel



Friedrich Merz



Maria Böhmer

ben alle Fachleute bestätigt. Rot-Grün weigert sich bisher, die neu entstehenden Nachteile für Frauen zu beseitigen:

Nachteil 1: Senkung des Rentenniveaus trifft Frauen doppelt

Die willkürliche Kürzung des staatlich garantierten Rentenniveaus auf ca. 64 % trifft Frauen doppelt: Einerseits wird ihre eigene Rente gesenkt, andererseits zusätzlich auch die Witwenrente. Da Frauen durchschnittlich erheblich weniger Beitragsjahre aufweisen können als Männer, wird das tatsächliche Rentenniveau vieler Frauen daher im Jahr 2030 unter 50 % sinken. Da droht vielen die Altersarmut!

Nachteil 2: Erziehungszeiten werden nicht für alle angerechnet

Rot-Grün will die Kindererziehung abhängig von der Kinderzahl, der Erwerbstätigkeit und dem damit verbundenen Verdienst bewerten. Auch das schafft Ungerechtigkeiten.

Wir fordern:

■ Jedes Kind ist gleich viel wert! Bei der Rentenreform müssen auch Mütter mit einem Kind, die nicht erwerbstätig sind, bei den Kindererziehungszeiten besser gestellt werden.

■ Normalverdienende Eltern dürfen nicht leer ausgehen! Für Mütter und Väter, die z. B. als Alleinerzie-

hende mit ihrem Einkommen über 54.000 DM (brutto) liegen, wirkt sich Riesters Reform überhaupt nicht positiv aus.

■ Zurückliegende Erziehungsleistungen müssen ebenfalls aufgewertet werden! Mütter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, dürfen nicht leer ausgehen.

Nachteil 3: Harte Einschnitte bei der Witwenrente!

Die Witwenrente beträgt künftig 55% statt 60%. Trotz der geplanten Kinderzuschläge werden Witwen schon bald deutlich weniger Witwenrente haben.

Der Einkommensfreibetrag wird ab 2002 eingefroren, ist also 2030 nur noch etwa die Hälfte wert. Und mit Ausnahme der Einkünfte aus staatlich geförderter Altersvorsorge werden künftig alle Einkunftsarten auf die Witwenrente angerechnet, z.B. Sparrzinsen oder Mieteinnahmen.

Wir fordern:

■ Die Witwenrente muss erhalten bleiben! Das Einfrieren des Freibetrags bei der Witwenrente bedeutet langfristig deren Aus. Der Einkommensfreibetrag von

derzeit 1.283 DM darf nicht eingefroren werden.

■ Keine Anrechnung aller Einkunftsarten! Das widerspricht dem Ziel der privaten Vorsorge. Wer gespart hat, darf nicht der Dumme sein.

■ Aufbesserung statt Umverteilung! Die Aufwertung der Kindererziehung mit den Kürzungen bei der Witwenrente zu finanzieren, ist absurd.

Die Union will die Witwenrente in eine eigenständige Alterssicherung der Frauen überführen. Dies entspricht dem partnerschaftlichen Verständnis der Ehe.

Nachteil 4: Bei der privaten Altersvorsorge werden Frauen und Familien benachteiligt

Bei der künftig geförderten privaten Altersvorsorge lässt Rot-Grün außer Acht, dass vor allem Familien mit Kindern und alleinerziehende Frauen kaum etwas sparen können. Aber nur wenn sie es tun, gibt es ab 2002 pro Kind lächerliche 7,50 DM im Monat dazu. Wer aber nicht sparen kann, erhält keine Förderung und weniger Rente.

■ Familien dürfen nicht benachteiligt werden. Die staatliche Förderung muss

rasch mindestens 30 DM pro Kind und Monat betragen und dynamisiert werden.

■ Frauen dürfen nicht benachteiligt werden. Sie zahlen höhere Prämien in der privaten Altersvorsorge, um die gleichen Leistungen wie Männer zu erhalten. Aber die staatliche Förderung für sie ist nicht höher. Das heißt: Frauen sind geringer abgesichert. Dass die Umwandlung von Altverträgen nicht geregelt ist, verschärft diese Problematik.

Wir brauchen eine Rentenreform, die langfristig wirkt, die demographische Entwicklung berücksichtigt und die Alterssicherung auf sichere Füße stellt. Die finanziellen Mehrbelastungen müssen aber gerecht auf Jung und Alt verteilt werden. Die Kinder von heute sind die Beitragszahler von morgen. Frauen und Familien müssen deshalb im Rentensystem besser gestellt werden. Das Verfahren im Vermittlungsausschuss bietet eine Chance, die schlimmsten Entgleisungen der Schröderschen Reform noch zu verhindern. Dazu fordern wir Kanzler Schröder – im Interesse der 11 Millionen Frauen unter den Rentenbeziehern und im Interesse Millionen künftig betroffener Frauen – mit alldem Nachdruck auf. **UD**

Unverantwortlich und widersprüchlich

Zum Beschluss der Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90 / Die Grünen zur Asylpolitik erklärte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Der Beschluss der Grünen, Artikel 16 a des Grundgesetzes „außer Kraft setzen“ zu wollen, zeugt von erschreckender Unkenntnis der Grundlagen unserer Verfassungsordnung und des Asylrechts.

Grundgesetz-Artikel lassen sich in unserem Staat auch von Regierungsparteien nicht außer Kraft setzen. Wer verfassungsändernde Mehrheiten für eine Revision des Asylkompromisses sucht, ist einfach realitätsblind.

Die 1993 mit dem gemeinsamen Asylkompromiss von CDU/CSU, SPD und FDP eingeführten Mittel zur Bekämpfung des Missbrauchs unseres Asylrechts gehören zu den erfolgreichsten politischen Entscheidungen der letzten Jahrzehnte.

Die Asylbewerberzahlen sind seitdem von fast 500.000 auf unter 80.000 im vergangenen Jahr gefallen,



das ist eine Reduzierung von über 80 %. Auf diesem Weg müssen wir weitergehen, statt das Erreichte leichtfertig aufzugeben.

Wer nicht versteht, dass dem Asylrecht in Deutschland am besten durch die nachhaltige Sorge um die Akzeptanz in der Bevölkerung gedient ist, schadet ihm nachhaltig.

Gefahr, dass das ganze Gebäude einstürzt

Aus dem Asylkompromiss lässt sich auch keiner der drei Pfeiler – Drittstaatenregelung, Regelung für sichere Herkunftsstaaten und Flughafenregelung – herausbrechen, ohne dass das ganze Gebäude einstürzt. Wer das versucht, handelt unverantwortlich.

Zu begrüßen ist, dass nun auch die Grünen die „Bil-

dung einer gemeinsamen Gesellschaft auf der Grundlage der Gleichberechtigung und der im Grundgesetz verankerten Werte“ fordern, statt der Bildung von Parallelgesellschaften das Wort zu reden.

Widersprüchlich ist es aber, dass an anderer Stelle im gleichen Beschluss noch immer am alten Hut des „Multikulturalismus“ festgehalten wird.

Zu den sachlich falschen Polemiken gegen den von der CDU geprägten Begriff der Leitkultur ist auf den Beschluss des CDU-Präsidiums vom 6. November 2000 zu erinnern:

„Integration erfordert deshalb, neben dem Erlernen der deutschen Sprache sich für unsere Staats- und Verfassungsordnung klar zu entscheiden und sich in unsere sozialen und kulturellen Lebensverhältnisse einzuordnen. Dies bedeutet, dass die Werteordnung unserer christlich-abendländischen Kultur, die vom Christentum, Judentum, antiker Philosophie, Humanismus, römischem Recht und der Aufklärung geprägt wurde in Deutschland akzeptiert wird. Das

heißt nicht die Aufgabe der eigenen kulturellen und religiösen Prägung, aber die Bejahung und Einordnung in den bei uns für das Zusammenleben geltenden Werte- und Ordnungsrahmen. Integration in diesem Sinne ist weder einseitige Assimilation, noch unverbundenes Nebeneinander auf Dauer. Multikulturalismus und Parallelgesellschaften sind kein Zukunftsmotiv. Unser Ziel muss eine Kultur der Toleranz und des Miteinander sein – auf dem Boden unserer Verfassungswerte und im Bewusstsein der eigenen Identität. In diesem Sinne ist es zu verstehen, wenn die Beachtung dieser Werte als Leitkultur in Deutschland bezeichnet wird.“

Wir brauchen eine möglichst breite politische Gemeinsamkeit in diesen Fragen

Je weiter sich die Programmatik der Grünen diesen im Grunde selbstverständlichen Anforderungen annähert, um so größer sind die Aussichten für eine breite politische Gemeinsamkeit in diesen Fragen.

Zu begrüßen ist auch, dass nun auch die Grünen für

ein zusammenhängendes Integrationskonzept und das Erlernen der deutschen Sprache für alle Zuwanderer sind, wie es die Union vor zwei Jahren in ihrem Integrationskonzept (BT-Drs. 14/534) gefordert hat.

Wie die Festlegung des Grünen-Parteitag gegen die vom Bundesinnenminister, der Bundesregierung und dem Bundesrat verfolgte Politik gegenüber dem Richtlinien-Entwurf der Kommission zur Familienzusammenführung zu bewerten ist, wird Herr Schily kaum erklären können.

KOMMENTARE ZUM PARTEITAG DER GRÜNEN

Großer Unernst

Die Spaßgesellschaft hat endlich die Grünen erreicht: Wie anders ist es zu erklären, dass die kleine Regierungspartei auf ihrem Parteitag ohne Not das Asylrecht im Grundgesetz ändern, liberalisieren will? Ist das Renitenz, die Profil bringen soll? Oder ist es Reminiszenz an längst vergangene Oppositionstage, wo man uneingeschränktes „Ausländer rein“ fordern konnte, es aber nicht verantworten

musste? Die Grünen sind offenbar von großem Unernst gepackt. Den braucht man, wenn man eines der ernstesten und schwierigsten Themen der deutschen Innenpolitik einfach mal so im Vorbeigehen auf den Kopf stellt.

Die Welt

Und überhaupt ...

Der aberwitzige Beschluss zur Trennung von Ministeramt und Mandat zeigt erneut: Die Grünen wollen einfach keine berechenbare, auf Dauer regierungsfähige Partei werden, da können sich ihre Spitzenleute noch so staatstragend gebärden. Asyl, Öko-Steuer, Castor-Transporte – was immer die Parteiführung bei solchen Reizthemen an kunstvollen Kompromissen zwischen Anspruch und Wirklichkeit modelliert – die Basis wird sie schon zertrümmern, wenn nicht diesmal, dann eben beim nächsten Parteitag. Wer kein eingefleischter Grünen-Wähler ist, kann den Parteitag von Stuttgart nur einigermaßen entgeistert verfolgen. Entgeistert auch deshalb, weil Kanzler Schröder sich offenbar dauerhaft an diese Partei binden will.

Bild am Sonntag

Landwirtschaft braucht **Freiraum**, um Umweltleistungen zu erbringen

Zur Vorlage des Positionspapiers „Landwirtschaft und Umweltschutz – Zukunftschancen für ein wirkungsvolles Miteinander“ erklärten der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Agrarpolitik, Reimer Böge MdEP, und der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Agrarumweltpolitik, der hessische Landwirtschaftsminister Wilhelm Dietzel:

Unser Konzept ist eine Alternative zu den rot-grünen Plänen, mit der Novelisierung des Bundesnaturschutzgesetzes die bewährte Kooperation zwischen Landwirtschaft und Naturschutz zu zerstören, Naturschutzlasten allein der Landwirtschaft aufzubürden, ihr Eigentum auszuhöhlen und ihre Entscheidungsfreiheit einzuschränken.

Das Konzept zur Agrarumweltpolitik hat folgende Kernpunkte:

- Naturschutz muss auch in Zukunft mit der Landwirtschaft und nicht gegen sie erfolgen. Die CDU will deshalb einen partnerschaftlichen Naturschutz, der auf freiwilliger Basis

kostengünstiger und effektiver umgesetzt werden kann als administrative Maßnahmen. Der Erfolg der Vertragsnaturschutzprogramme als offene und transparente Instrumente zeigt dies. Dort, wo attraktive Vertragsnaturschutzprogramme angeboten werden, praktizieren die Landwirte auf einem großen Teil der Flächen freiwillig besondere Umwelt- und Naturschutzmaßnahmen. Der Vorrang für den Vertragsnaturschutz muss deshalb im Bundesnaturschutzgesetz erhalten bleiben. Gleichzeitig darf die Ausgleichsregelung für naturschutzrechtliche Nutzungseinschränkungen der Landwirtschaft nicht ausgehöhlt werden. Leistungen, die der Gesamtgesellschaft zugute kommen, dürfen nicht einseitig allein von der Landwirtschaft bezahlt werden.

- Starrer Prozentnaturschutz entspricht höchstens ideologischen Vorstellungen, nicht jedoch den realen Naturschutzanforderungen. Die CDU ist daher für standortangepasste Lösungen.

- Der CDU-Bundesfach-

ausschuss Agrarpolitik spricht sich für eine zu-



R. Böge



W. Dietzel

kunftsweisende Reform der Eingriffsregelung und der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen im Bundesnaturschutzgesetz aus. Die Schrumpfung landwirtschaftlicher Nutzflächen liegt nicht im Interesse des Naturschutzes. Vielmehr sollte zuerst geprüft werden, ob z. B. bei Neuversiegelungen der Ausgleich nicht durch Entsiegelungen an anderen Stellen erbracht werden kann. Sollte der Ausgleich auf landwirtschaftlichen Flächen notwendig sein, so sollten freiwillig erbrachte Naturschutzleistungen im Rahmen eines Ökokontos anerkannt werden.

- Die Umwelt-, Verbraucher- und Tierschutznormen der Europäischen Union müssen dringend in den

WTO-Verhandlungen anerkannt und gesichert werden. Das heißt letztlich, dass Produkte, die von der EU importiert werden, auch den in der EU geltenden Standards entsprechen müssen.

■ Die Erforschung nachwachsender Rohstoffe aus der Land- und Forstwirtschaft und die Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für sie sind Aufgaben im Sinne des Umweltschutzes.

■ Regionale Kreisläufe sind im Sinne des Umweltschutzes zu fördern. Dabei gilt es vor allem, regionale Versorgungskonzepte, Vermarktungs- und Marketingstrategien auszubauen.

■ Die Umweltwirkungen der Land- und Forstwirtschaft sind sachgerecht zu beurteilen. Null-Immissionen gibt es in offenen Systemen, wie es die Land- und Forstwirtschaft sind, nicht. Deshalb müssen die Konzepte zum Schutz des Grundwassers und zum Immissionsschutz in der Landwirtschaft realistisch sein. Die deutschen Landwirte dürfen nicht mit einseitiger Bürokratie überzogen werden. Deshalb spricht sich der CDU-Bundesfachausschuss Agrarpolitik bei der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie der EU und der Richtlinien zum Immissi-

Merkel: Verbraucherschutz transparent machen

Die CDU-Kommission „Landwirtschaft und Verbraucherschutz“ hat einen effizienteren Verbraucherschutz gefordert.

Auf einer Pressekonferenz am 14. März hat die Parteivorsitzende anlässlich des Weltverbrauchertags den Willen der Union bekräftigt, die bestehenden Mängel im Verbraucherschutz durch eine grundlegende Erneuerung zu beseitigen. Angela Merkel: „Auf dem Weg zu einer effektiven Struktur zur Schaffung verbindlicher Standards ist

die Bundesregierung auf halber Strecke stehen geblieben.“

Der Vorsitzende der Kommission, Heinrich-Wilhelm Ronsöhr, und die verbraucherpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Fraktion, Annette Widmann-Mauz, kündigten an, Verbraucherschutzvertretungen stärken zu wollen.

Das Positionspapier der Kommission „Nachhaltige Verbesserung des Verbraucherschutzes im Lebensmittelbereich“ finden Sie im Internet unter:

www.cdu.de/infonet

onsschutz und zur Umweltverträglichkeitsprüfung für eine 1:1-Umsetzung ins nationale Recht aus.

Ökonomie und Ökologie ergänzen sich

Die CDU will eine nachhaltige Landwirtschaft. Ökonomie und Ökologie sind zur Sicherung der nachhaltigen Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes keine

Gegensätze, vielmehr bedingen sie einander. Land- und Forstwirtschaft brauchen Freiraum, um Umweltleistungen erbringen zu können. Voraussetzung dafür sind günstige soziale und wirtschaftliche Rahmenbedingungen.

<http://>

Den Wortlaut des Positionspapiers des Bundesfachausschusses finden Sie unter:
www.cdu.de/infonet

Es geht darum, die neuen Möglichkeiten für die **Parteiarbeit** voll auszuschöpfen

Schlagworte wie „Vernetzung“ und „Networking“ haben mittlerweile auch Einzug in die parteipolitische Arbeit gehalten.

Wir müssen uns darauf einstellen, dass auch die Politik und insbesondere die politische Kommunikation durch das Netz noch stärker beeinflusst wird, als es heute schon der Fall ist.



Im Wahlkampf 2002 wird das Netz eine deutlich größere Rolle spielen als 1998

Und auch in der parteipolitischen Auseinandersetzung gewinnt das Internet an Bedeutung. So wird das Netz im Wahlkampf 2002 eine deutlich größere Rolle spielen als noch 1998 – nicht nur auf der Bundesebene. Dafür müssen wir gerüstet sein. Es geht darum, die Möglichkeiten des Internet und der elektronischen Kommunikationswege für die Parteiarbeit voll auszuschöpfen.

Um dies zu erreichen, sind verschiedene Schritte notwendig. Zunächst muss



„Wir wollen die modernste Partei Europas werden“, haben wir gesagt. Die Kommunikation via Internet birgt enorme Potentiale, die wir für unsere Parteiarbeit voll ausschöpfen werden.

Generalsekretär Laurenz Meyer

die flächendeckende Erreichbarkeit der Verbände sichergestellt sein. Ein wesentlicher Bestandteil dieser Strategie sind die Internet-Beauftragten.

Sie sollen in erster Linie dabei helfen, die Kommunikation der Verbände via E-Mail aufzubauen und auszuweiten. Die Adressen der Beauftragten werden dazu in der ZMD gespeichert und stehen so allen Verbänden zur Verfügung. Dem Aufruf des Generalsekretärs vom Januar sind

mittlerweile schon einige Hundert Verbände nachgekommen. Täglich folgen weitere

In der kommenden UiD-Ausgabe werden wir von der Arbeit des Kreisverbandes Münster in diesem Bereich berichten, der mittlerweile mit fast allen Verbänden in

DIE VERNETZTE PARTEI

seinem Gebiet kostengünstig via E-Mail kommunizieren kann.

Ein weiterer Bestandteil der Vernetzung ist die eigene Homepage. Hier streben wir an, den Bürgerinnen und Bürgern ein flächendeckendes Angebot von CDU-Seiten zur Verfügung zu stellen. Denn das Internet ist zwar ein globales Medium, die Menschen suchen aber auch hier nach lokalen Informationen und Gestaltungsmöglichkeiten. Auf diesem Weg schafft das Internet nicht nur den Zugang zu virtuellen Debatten und Diskussionen über Gesundheitspolitik und Rentenreform, sondern kann auch die

ANDREAS SCHMIDT:

erste Kontaktaufnahme mit der Politik vor Ort erleichtern.

Wir unterstützten die Internet-Beauftragten mit Angeboten und Hinweisen

Zahlreiche Stadt-, Gemeinde- und Ortsverbände haben bereits eigene Angebote im Netz, andere erstellen gerade ihren Internet-Auftritt. Die Bundesgeschäftsstelle unterstützt die Webmaster (Internet-Beauftragten) dabei mit zahlreichen Angeboten und Hinweisen. Nähere Erläuterungen dazu finden sich in der Service-Rubrik des Mitgliedernetzes. Zur Vernetzung der Partei gehört es auch, dass alle Verbände auf den Seiten der Bundespartei präsentiert werden. Ist Ihr Verband schon dabei?

Unter der Rubrik „Die vernetzte Partei“ wird der UID ab sofort regelmäßig über den Stand der Vernetzung in der CDU berichten. Hier informieren wir Sie über die Entwicklung der verschiedenen Projekte, über neue Aktionen und Fortschritte.

Wahre Herkunft von Däubler-Gmelin-Spende bleibt **nebulös**

Zur Begründung, mit der Rot-Grün unsern Antrag abgelehnt hat, Frau Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin als Zeugin zu befragen, erklärte der Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im ersten Untersuchungsausschuss:

Nach Presseberichten soll Frau Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin im Bundestagswahlkampf 1998 ihren SPD-Kreisverband mit einem Betrag in Höhe von rd. 180.000 Mark unterstützt haben. Dies wurde von der SPD zunächst geheim gehalten. Erst ein Jahr später wurde im SPD-Rechenschaftsbericht 1999 nachträglich für das Jahr 1998 eine Spende von rd. 105.000 Mark von Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin ausgewiesen.

Kredit abgelöst

Eine weitere Zuwendung von Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin an die SPD in Höhe von rd. 60.000 Mark soll angeblich einen Kredit abgelöst

haben, den die SPD ihr für ein Schreiben, mit dem sie sich 3 Tage



vor der Bundestagswahl 1998 direkt an die Wähler gewandt hat, gewährt haben soll. Diese verspätete Offenlegung ist ein eindeutiger Verstoß gegen das Parteiengesetz.

Unser Verdacht

Es ist ein skandalöser Vorgang, wenn Rot-Grün angesichts dieses offenkundigen Gesetzesverstößes unseren Antrag ablehnt. Im übrigen stellt sich die Frage, woher dieses Geld stammt, das die Höhe der jährlichen Abgeordnetenentschädigung weit übersteigt. Es drängt sich der Verdacht auf, dass durch die Verhinderung der Aussage der Bundesjustizministerin vor dem Untersuchungsausschuss unter Wahrheitspflicht die tatsächliche Herkunft der Gelder verschleiert werden soll.

ERWIN MARSCHESKI:

Nazi-Demonstranten unter dem Brandenburger Tor **verbieten**

Beschämende Bilder, wie wir sie in der letzten Zeit häufiger ertragen mussten, dürfen sich nicht mehr wiederholen. Wir müssen endlich entschiedener handeln gegen Neo-Nazis, die mit schwarz-weiß-roten Fahnen durch das Brandenburger Tor marschieren, um gegen das geplante Holocaust-Mahnmal zu demonstrieren.



eingebrachten Gesetzentwurf noch in dieser Woche im Bundestag diskutieren.

Ein Versammlungsverbot wird danach bereits bei der Gefahr nachhaltiger Beeinträchtigung erheblicher Belange der Bundesrepublik ergehen können.

Vor allem muss die Möglichkeit geschaffen werden,

befriedete Bezirke zu schaffen und befriedete Bezirke auch für solche öffentlichen Einrichtungen und Örtlichkeiten vorzusehen, die von herausragender nationaler und historischer Bedeutung sind.

Das in Art. 8 des Grundgesetzes gesicherte Grundrecht ist ein hohes Gut, das nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden darf. Es ergibt sich hieraus aber kein Anspruch für Neo-Nazis und andere Extremisten, ihre Demonstrationen ausgerechnet am Holocaust-Mahnmal oder am Brandenburger Tor abzuhalten.

Neo-Nazis und anderen Extremisten bietet unser jetziges Demonstrationsrecht eine sehr liberale Grundlage, die ihnen öffentlichkeits- und medienwirksame Auftritte sichert. Solche Aufzüge schaden dem Ansehen Deutschlands in der ganzen Welt. Sie diskreditieren unser Land und unsere Hauptstadt.

Die von der Bundesregierung initiierten Foren und gesellschaftspolitischen Bewegungen gegen rechte Gewalt sind gut, reichen aber nicht aus. Wer die verfassungsmäßigen Werte unseres Landes verhöhnt, muss die ganze Härte des Gesetzes spüren.

Deshalb wird die Union jetzt handeln und den von ihr

KLAUS LIPPOLD::

Zug zur Kundenbahn **abgefahren**

Bodewig hat seinen Kredit als Verkehrspolitiker verspielt.

Der selbsternannte Reformator ist gescheitert. Erst vor wenigen Tagen noch ließ sich der Minister beim Parteitag der Grünen für Pläne zur Trennung von Netz und Betrieb der Bahn feiern. Wenige Tage

später ruderte er unter dem Druck des Bahnchefs zurück. Das ist eine Täuschung der Öffentlichkeit. Aus der von der CDU/CSU immer eingeforderten Trennung von Netz und Betrieb der Bahn wird nun ganz eindeutig in absehbarer Zeit nichts werden.

JE EINEN WAHLKREIS

mehr erhalten Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein schon bei der nächsten Bundestagswahl. Je einen Wahlkreis büßen dafür Sachsen und Sachsen-Anhalt ein. Das hat der Bundesrat beschlossen, nachdem der Bundestag bereits Anfang Februar als Folge von Gebiets- und Verwaltungsreformen in einigen Bundesländern den neuen Zuschnitt der Wahlkreise verabschiedet hatte.

UM 2,1 PROZENT

ist im Februar parallel zum Anstieg der Gesamtinflationsrate auch die Kerninflationsrate gestiegen, die neuerdings jeden Monat vom Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) errechnet wird. Die Kernrate gibt die Grundtendenz der Preisentwicklung besser wieder als die von Preisschwankungen verzerrten amtlichen Inflationszahlen.

AKTIEN

als Geldanlage haben einer Forsa-Umfrage zufolge bei jedem vierten Bürger (24 Prozent) in Deutschland an Vertrauen verloren. Ursache: Verluste an den Aktienmärkten. Bei 46 Prozent ist kein Vertrauensverlust eingetreten.

DER PREISVERFALL

beim Rindfleisch bis hin zur

Unverkäuflichkeit hat die deutschen Bauern schlimmer getroffen, als bisher öffentlich bekannt geworden ist. Weit über die bisher geschätzten zwei Milliarden Mark werden die Folgekosten der BSE-Krise hinausgehen, befürchtet Bauernpräsident Gerd Sonnleitner und kritisiert Bundesfinanzminister Hans Eichel, der für die Krise bisher nur 100 Millionen Mark „herausgerückt“ hat.

MIT SOLIDARITÄT

hätte es nichts mehr zu tun, wenn Rentner über eine erhöhte Mehrwertsteuer niedrigere Rentenversicherungsbeiträge mittragen müssten, von denen sie selber keinerlei Vorteil haben. Dazu wird es aber kommen, wenn das Aufkommen aus der Ökosteuer auch weiterhin unter den Erwartungen bleibt und der Finanzminister nach einem „stabileren“ Instrument zur Finanzierung der sozial-ökologischen Steuerreform suchen muss. Karl Heinz Däke, Präsident des Bundes der Steuerzahler (BdSt) hält diese „Doppel“-Reform heute schon für „gescheitert“.

ANSPRÜCHE

auf Kindergeld sind es vor allem, in letzter Zeit aber auch zunehmend Auseinandersetzungen um Aktiengeschäfte, die

die deutschen Finanzgerichte beschäftigen. Mehr als 100.000 Verfahren liegen vor, wie Iris Neunziger, Präsidentin des Bundesfinanzhofs in München, mitteilt, nachdem Mitte der 90-er Jahre die Zahl auf unter 80.000 abgesunken war.

SUCHTPRÄVENTION

sollte bei auffälligen Kindern vor der Pubertät beginnen. Dieser Ansicht ist der Jenaer Entwicklungspsychologe Rainer Silbereisen aufgrund von Erfahrungen, wonach nur jeder 10. Jugendliche, der illegal Drogen ausprobiert, suchtgefährdet ist. Für 90 % ist der Rauschgiftkonsum eine Angelegenheit, die mit dem Erwachsenwerden vorbei ist. Wichtigste Aufgabe der Medizin: die Zugehörigkeit zur Gruppe der Gefährdeten ermitteln.

NEUN MILLIARDEN

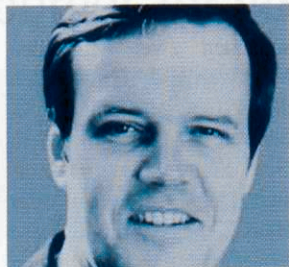
Menschen werden nach einer UN-Studie in etwa 50 Jahren die Welt bevölkern. Heutiger Stand: sechs Milliarden. Der weitaus größte Teil der Weltbevölkerung – 90 Prozent – wird in Entwicklungsländern leben. Die Bevölkerungszahl in den 48 ärmsten Ländern der Erde wird sich verdreifachen. Mit rückgehenden Geburtenzahlen ist in Japan und Europa zu rechnen.

Stärker über **Chancen** sprechen

Kein europäisches Land wird von der EU-Erweiterung stärker profitieren als Deutschland, beschreibt der stellvertretende Parteivorsitzende Volker Rühe in der Bundestagsdebatte am 8. März die Chancen der Osterweiterung.

Es sollte vor allem darüber diskutiert werden, wie man der Bevölkerung die Vorteile näher bringen könne. Bei derzeit nur 36 Prozent, die hinter den Erweiterungsplänen der Bundesregierung stünden, sei die Regierung gefordert. Unterstrichen werden müsse vorrangig, dass die geplante Erweiterung nicht einfach bloß die Aufnahme neuer Länder in das Staatenbündnis sei. Vielmehr finde hier eine Wiedervereinigung Europas statt. Damit sei eine Form der Gemeinsamkeit erreicht, wie sie nie zuvor in der Geschichte Europas bestand.

Durch die Erschließung neuer Absatzmärkte rechnet der stellvertretende Vorsitzende mit zweistelligen Wachstumsraten. Deutschland werde seine Funktion als Stabilitäts- und Ordnungsfaktor innerhalb Europas besser wahrnehmen



können. Wichtig sei auch, den Menschen die Angst vor einem wirtschaftlichen Aderlass zu nehmen: Statt einsetzender Arbeitskräftemigration geht Rühe davon aus, dass die Osteuropäer „nicht auf den gepackten Koffern sitzen“; sie suchen vielmehr die „Perspektive im eigenen Land“.

Die Bundesregierung sei nun aufgefordert, den

„Eindruck der Beliebigkeit“ bei der Festlegung der Übergangsfristen zu vermeiden und längst überfällige Kriterien vorzulegen. Diese müssten flexibel und so gestaltet sein, dass länderspezifische Ausnahmen möglich seien, unterstrich Rühe. Mit der Ausweitung der Beitrittskandidatengruppe auf 12 Länder sei der Rahmen zu groß gesteckt. Es müsse erkennbar sein, dass auch zukünftig eine Vertiefung noch möglich sei. Rot-Grün mahnte Rühe zur Konsequenz, den Zeitplan einzuhalten, damit die Aufnahme der ersten Kandidaten bis Ende 2002 erfolgreich abgeschlossen sein kann.

MARIA EICHHORN:

Eichel spart die **Familien** arm

Die für das nächste Jahr versprochene Erhöhung des Kindergelds steht angesichts der Haushaltslage unter Vorbehalt.

Eichel will seinen sog. Konsolidierungskurs auf dem Rücken der Schwächsten austragen. Er missachtet die Vorgaben des Bundesverfas-

sungserichts und enttäuscht zahlreiche Familien, die mit 30 Mark bereits gerechnet haben.

Die CDU/CSU hat ein umfassendes Familiengeldkonzept vorgelegt: 1200 Mark für Kinder bis zu drei Jahren, 600 Mark für Kinder von drei bis 18 Jahren.

ANGELA MERKEL:

Unsere **Anforderungen** an einen internationalen Ordnungsrahmen

Die Parteivorsitzende sieht in der sozialen Marktwirtschaft ein Modell zur Bewältigung der Herausforderungen der Globalisierung.

Dabei müsse der deutsche Weg von anderen Nationen jedoch nicht „eins zu eins“ akzeptiert werden, sagte sie auf einer internationalen Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung am 6. März in Berlin. So sei die heute aktuelle Fragestellung eines nachhaltigen Wirtschaftens ursprünglich im Modell der sozialen Marktwirtschaft nicht enthalten gewesen.

Die Parteivorsitzende machte deutlich, dass die soziale Marktwirtschaft nicht nur ein Wirtschaftsmodell sei, sondern ein Ordnungsrahmen, der die Freiheit der wirtschaftlichen Betätigung mit der Verantwortung für die Gesellschaft verbinde. Dabei wies Angela Merkel darauf hin, dass das Maß von ökonomischer Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität immer wieder neu bestimmt werden müsse. Insofern vollziehe sich in der sozialen Marktwirtschaft ein fortge-



setzter „Kampf“ unter sich ständig verändernden ökonomischen Bedingungen für die Durchsetzung von möglichst viel Freiheit und Gerechtigkeit. Freiheit in einem umfassenderen Sinn sei jedoch nur lebbar, wenn Wettbewerb nicht nur in ökonomischer Hinsicht zugelassen werde, sondern auch in politischer. Von daher sei das Konzept der sozialen Marktwirtschaft ohne eine freiheitlich-demokratische Grundordnung nicht denkbar.

Chancen für alle

Globalisierung bedeute Herausforderung und Chance zugleich. In diesem Zusammenhang stellte Angela Merkel zwei Fragen: „Wer nimmt an dem Übergang von der Industrie- zur Wis-

sensgesellschaft teil?“ Und: „Wie können wir möglichst allen die Chance auf Teilhabe eröffnen?“ Als Lösungsansätze schlug sie verstärkte Anstrengungen im Bildungsbereich vor. Außerdem plädierte sie für eine internationale Verständigung auf gemeinsame kulturelle Grundwerte. So müsse auch auf internationaler Ebene gelten, dass die Menschen in ihrer Würde gleich seien.

Angela Merkel forderte die Industrienationen auf, sich auf Grund ihres technischen Fortschritts für ein „nachhaltiges Wirtschaftswachstum“ einzusetzen. Zugleich stellte sie jedoch klar, dass dies keine „Legitimation für die Entwicklungsländer“ sein könne, sich „überhaupt nicht“ um Umweltbelange zu kümmern und die Fehler der Industrieländer zu wiederholen. Vielmehr müsse es gelingen, „alle am wirtschaftlichen Wachstum teilhaben zu lassen“. Voraussetzung dafür sei allerdings ein „erheblicher Transfer“ von den Industrie- zu den Entwicklungsländern. **UD**

Vorteile der Globalisierung nutzen – Nachteile minimieren

Kann das System der sozialen Marktwirtschaft dem Vergleich mit der politischen Realität standhalten? Hat ihr Leitbild überhaupt noch Bestand? Diese Fragen diskutierten die Teilnehmer einer internationalen Fachtagung zum Thema „Soziale Marktwirtschaft als Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung“ am 6. März in der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin.

Im Rahmen einer Podiumsdiskussion sollte konkret werden, wie der „globale Wandel durch eine globale Ordnungspolitik“ beherrscht und gesteuert werden könne. Ergebnis: Das Prinzip der sozialen Marktwirtschaft braucht einen international akzeptierten Ordnungsrahmen, wenn es einen sozialen Ausgleich gewährleisten will.

„In den 60er Jahren lag der Staatsanteil am Bruttoinlandsprodukt noch bei 34 Prozent, zu Zeiten der Wiedervereinigung stieg der Anteil auf über 50 Prozent. Gleichzeitig haben sich die Sozialabgaben seit

1960 um fast 10 Prozent erhöht“, erklärte der Vizepräsident der Deutschen Bundesbank, Jürgen Stark.

In diesem Zusammenhang ergänzten der Präsident des Instituts für Wirtschaftsforschung (Ifo), Hans-Werner Sinn, und der Vizepräsident des Bundeskartellamts, Kurt Stockmann, dass angesichts dieser Zahlen das Modell der sozialen Marktwirtschaft an die Globalisierung der Märkte und an den Wettbewerb angepasst werden müsse.

Durch Ordnungspolitik den Wettbewerb gestalten

Die Öffnung der Märkte habe den Staaten Wohlstand beschert und das Wirtschaftswachstum beflügelt. Das Bruttoinlandsprodukt sei im Jahr 2000 im Vergleich zum Vorjahr um 3,1 Prozent gestiegen. Die Fragen nach einer gerechten Verteilung und gleichen Teilnahmemöglichkeiten an der Globalisierung seien bislang jedoch unbeantwortet geblieben. Notwendig sei

deshalb die Schaffung einer Ordnungspolitik, die die Grundlagen für die Gestaltung des Wettbewerbs lege.

Durch die rasante globale Entwicklung gerate das System der sozialen Marktwirtschaft zunehmend in ein Dilemma. Einerseits bewirke die Osterweiterung Migrationsströme in den Westen. Dadurch würde die Inflexibilität der deutschen Arbeitsmärkte offen zutage treten. Andererseits würden durch den Wegfall der Handelschranken und die Einführung des Euro auf dem Markt Konkurrenzbedingungen entstehen, z.B. durch Niedriglöhne, die das Erreichen der sozialstaatlichen Ziele zusätzlich erschweren. Im Ergebnis werde es also zu zunehmenden Verteilungskonflikten kommen mit allen negativen Folgen für die Erreichung der Sozialstaatsziele.

Außerdem würden die Migrationsströme die soziale Marktwirtschaft immer aufs Neue herausfordern: Ursächlich verantwortlich dafür seien „künstliche Wanderungsanreize, die vom umverteilenden

NEUE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT



EIN PROJEKT DER CDU DEUTSCHLANDS

Staat ausgeübt werden“, sagte Hans-Werner Sinn vom Ifo-Institut. Denn es seien vor allem ökonomische Überlegungen, die die freie Wanderung von Arbeitskräften steuern würden. Ein Ausweg könne nur darin bestehen, den Weltmarkt weiter zu liberalisieren. Beispielsweise könnten durch den Abbau der EU-Zollschranken, insbesondere für Agrarprodukte, Ungleichheiten ausgeräumt werden.

Um unseren Sozialstaat fördern zu können, müsse eine „aktivierende Sozialhilfe“ eingeführt werden. Damit werde der Lohnverfall zwar akzeptiert, gleichzeitig jedoch durch Subventionen abgefangen. Weiterhin sollte auf Zuwanderer das „temporäre Heimatlandprinzip“ angewendet werden. Danach würden sie in Deutschland zwar beitragsfinanzierte Sozialleistungen erhalten, wie z.B. Arbeitslosengeld, allerdings keine steuerfinanzierten Sozialleistungen, wie z.B. Wohngeld. Das Lockmittel „umverteilender Sozialstaat“ könne mit diesem Prinzip auf ein

Minimum zurückgefahren werden. Gleichzeitig werde eine schleichende Kostenexplosion verhindert.

Die Vorteile der Globalisierung sichtbar machen

Ein weiteres Thema waren die heftigen Proteststürme von Globalisierungsgegnern, zuletzt in Davos. Die Moderatorin Carola Kaps, Wirtschaftskorrespondentin der FAZ, forderte hier zur kritischen Ursachensuche auf. Kritisiert würden häufig nur die kurzfristigen Auswirkungen der Globalisierung, während übersehen werde, dass der Globalisierungsprozess mittel- bis langfristig Wohlstand erzeuge. Viel eher aber seien die ungleichen Teilnehmemechanen an der Globalisierung als Auslöser des Protestes bestimmend.

An dieser Stelle sei der Staat gefordert. Vor allem eine demokratische Regierung mit einer erfolgreicher Bildungspolitik könne dazu beitragen, die Vorteile

der Globalisierung sichtbar werden zu lassen.

Einig war sich das Podium darin, die Vorteile der Globalisierung zu nutzen und die Nachteile zu minimieren. Mit Blick auf die selbstbewussten USA müsse Europa künftig seine Identität herausstellen und mit „einer Stimme auftreten“. Nur so könne die EU ihr Gewicht in die Waagschale werfen und zur Schaffung eines internationalen Ordnungsrahmens beitragen, meinte das Mitglied der Enquete-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft“, der Bonner Professor Rudolf Dolzer.

Nur ein Ordnungsrahmen sei dazu geeignet, eine hohe Zahl von Teilnehmern zu Gewinnern der Globalisierung werden zu lassen. Nach derzeitigem Stand habe erst ein Sechstel der möglichen Integration der Weltwirtschaft stattgefunden. Europa müsse sich entweder einmischen und sich an der Gestaltung des Ordnungsrahmens beteiligen oder diese zentrale Zukunftsaufgabe ändern überlassen.

Beliebigkeit der Inhalte durch stärkere Hinwendung zur **Fachdidaktik** ersetzen

Ausgehend von einem Kommissionsbericht der Kultusministerkonferenz findet bundesweit und auch in Schleswig-Holstein eine Diskussion über die Zukunft der Lehreraus- und -fortbildung statt.

In diesem Zusammenhang geht es um die Frage, ob die Lehrerbildung in ihrer jetzigen Form weitergeführt wird oder ob sie in Schleswig-Holstein eine neue Struktur erhalten soll. Gleichzeitig ist es unser Ziel, eine schnellere Reaktion auf die aktuellen Herausforderungen wie z. B. Multi-Media in der Lehreraus- und -fortbildung zu ermöglichen.

Nach Ansicht der CDU-Fraktion muss die Organisationsform den inhaltlichen Ansprüchen folgen. Dazu gehört, dass die Lehreraus- und -fortbildung künftig weiter eindeutig auf die Schularten bezogen arbeiten wird. Von erheblicher Bedeutung ist für die CDU-Landtagsfraktion ein größerer fachdidaktischer Praxisbezug in der ersten Phase der Ausbildung. Fundierte fach-

wissenschaftliche Kenntnisse und Fertigkeiten bleiben dabei die Voraussetzung für eine erfolgreiche Lehrertätigkeit, sind aber keine alleinige Gewähr dafür.

Aus diesem Grunde will die CDU-Landtagsfraktion die KMK-Empfehlung einer verstärkten Verzahnung von erster und zweiter Phase der Lehrerausbildung aufnehmen. Zugleich soll die dritte Phase, die der Fort- und Weiterbildung, an Gewicht gewinnen und eine eigenständige und flexiblere Form erhalten. Wir wollen dabei die Verpflichtung zur Fortbildung mit einem Gutschein für Fortbildung verbinden.

Die Forderungen der CDU-Landtagsfraktion im Einzelnen:

- Mehr Praxisbezug in der ersten Phase der Ausbildung für alle Schularten: Diese umfasst eine mehrwöchige zusammenhängende Orientierungsphase in den ersten Semestern, um Lehramtsstudierenden rechtzeitig ei-

nen Überblick über die Anforderungen und Alltagsbelastungen des Schuldienstes zu geben.

- Eine stärkere inhaltliche Verzahnung der ersten und zweiten Phase der Lehr-

**ECKPUNKTEPAPIER
DER CDU-LAND-
TAGSFRAKTION
IN SCHLESWIG-
HOLSTEIN**

ausbildung: Zu diesem Zweck muss die Beliebigkeit der Inhalte der pädagogischen Ausbildung an der Universität durch eine stärkere Hinwendung zur Fachdidaktik und durch pädagogische Vorbereitung von Unterrichtssituationen ersetzt werden.

Voraussetzung dafür ist, dass künftig Pädagogiklehrstühle an der Universität ausschließlich durch Lehrkräfte mit Unterrichtserfahrung besetzt werden.

- Ein mögliches Modell einer besseren Verzahnung von erster und zweiter Phase der Lehrerausbildung wäre die organisatorische Überführung des IPTS in eine ge-

Projekt Zuwanderung und Integration

meinsame Einrichtung der Universitäten Kiel und Flensburg. Dabei muss gewährleistet sein, dass die Lehrerbildung in der zweiten Phase weiterhin von Studienleitern aus dem Schuldienst begleitet und nach Schularten differenziert vorgenommen wird. Die Regionalseminare und Landesseminare haben sich bewährt und bleiben in ihrer Funktion erhalten.

■ Die Lehrerfortbildung als dritte Phase wird an Bedeutung zunehmen und muss aufgewertet werden. Aus diesem Grunde muss es künftig eine Fortbildungsverpflichtung für Lehrkräfte geben.

Wichtig für die Lehrerfortbildung ist ein möglichst vielfältiges Angebot an Veranstaltungen durch verschiedene Träger an verschiedenen Orten. Aus diesem Grund soll die externe Lehrerfortbildung künftig über einen Fortbildungsschein erfolgen, den die Lehrkräfte für Veranstaltungen ihrer Wahl einlösen. Träger der Fortbildungsveranstaltungen können Weiterbildungseinrichtungen der Hochschulen, Lehrerseminare anderer Bundesländer sowie weitere freie Anbieter sein. Neue Anbieter können sich durch qualifizierte Angebote einen Ab-

Im Rahmen des Projekts „Zuwanderung und Integration“ der Konrad-Adenauer-Stiftung sind zwei neue Broschüren erschienen.

■ *Integration von Ausländern: Beispiele vor Ort* stellt einige beispielhafte Integrationsprojekte vor und versucht damit zur Nachahmung anzuregen.

■ Der Band *Zuwanderung und Integration* mit Beiträgen von Wolfgang Bosbach, Dieter Oberndörfer und Peter Müller behandelt das Thema stärker aus der politisch-wissenschaftlichen Perspektive.

Außerdem liegen die aktualisierten Fassung der Dokumentation „Leit-

kultur – eine Grundsatzdebatte“ sowie das Arbeitspapier „*Integration und muttersprachlicher Unterricht: Die Erfahrungen von Kalifornien*“ vor.

In Kürze erscheinen die beiden Dokumentationen „*Zuwanderung und Integration: Daten und Fakten*“ sowie „*Zuwanderung und Integration: Stellungnahmen der wichtigsten gesellschaftlichen Gruppen*“.

**Bestellungen und weitere Information zu diesem Projekt bei:
Dr. Ulrich von Wilamowitz-Moellendorff,
Fax: 0 22 41-24 6-294,
E-Mail: ulrich.wilamowitz@kas.de**

satzmarkt erschließen, was eine Qualitätskontrolle erforderlich macht. Eine Zertifizierung und Aufnahme in ein entsprechendes Anerkennungsverzeichnis erfolgt durch das IPTS.

Um einen Interessenskonflikt zwischen dem Anspruch der Schüler auf Un-

terricht und dem Anspruch der Lehrer auf Fortbildung zu vermeiden, wird die schulinterne Lehrerfortbildung (SCHILF) künftig ausschließlich in der unterrichtsfreien Zeit angeboten; schulinterne Lehrerfortbildung darf nicht zu Unterrichtsausfall führen. **UID**



ARBEITSMARKT

Fakten und Versprecher

Die Ernüchterung folgt auf dem Fuße. Kaum hat Bundeskanzler Gerhard Schröder in einem Freud-schen Versprecher wage-mutig angekündigt, dass es schon 2002 weniger als drei Millionen Arbeitslose geben wird, holt den Kanzler auch schon die harte Realität der Nürnberger Zahlen ein. Nach ihnen verliefen die ersten beiden Monate dieses Jahres auf dem Arbeitsmarkt alles andere als be-rauschend, und zwar un-abhängig von saisonalen Ein-flüssen. Ablesbar ist dies an den sogenannten Abgängen aus der Arbeitslosigkeit und an den offenen Stellen. So haben die Unternehmen im Februar weniger Gesuche bei den Arbeitsämtern ab-gegeben als im Jahr zuvor. Gleichzeitig haben auch weniger Arbeitslose den Sprung in eine neue Be-schäftigung geschafft. Da-für ist nun nicht etwa ein Rückzug der aktiven Ar-

beitsmarktpolitik verant-wortlich, wie sonst häufig beschwichtigend aus Nürn-berg zu hören ist. Der Grund ist klar eine schwächere Nachfrage nach Arbeits-kräften – und das sollte den Partnern aus dem Bündnis für Arbeit zu denken geben.

Frankfurter Allgemeine

Leichtfertig

Was schert mich mein Geschwätz von gestern. Dieser Satz des ersten Kanzlers der Bundesrepublik, Konrad Adenauer, hat eine peinliche Neuauflage erfahren. Da stieg im Februar die Zahl der Arbeitslosen ge-genüber dem Vormonat um 19 400 – und der jetzige Re-gierungschef Gerhard Schröder geht mit diesem ernstesten Thema äußerst lax um. Erst will er bis Ende 2002 die Zahl der Erwerbs-losen unter die Drei-Millio-nen-Grenze drücken. Dann besinnt er sich eines Schlechteren und korrigiert das Ziel auf 3,5 Millionen Arbeit-suchende. Dieser leichtfertige Umgang mit dem größten innenpoliti-

schen Problem ist schlimm genug. Dem Ganzen setzt die Gleichgültigkeit gegenüber der deutlich schlechteren Si-tuation in Ostdeutschland noch die Krone auf. Kein Wort verliert der Kanzler darü-ber, dass die Arbeitslosen-quote in den neuen Ländern mehr als doppelt so hoch ist wie im Westen.

Leipziger Volkszeitung

Schnelle Korrektur

Aus dem Handbuch für konsequent angewandtes Halbwissen: Was man unbe-dingt parat haben sollte: ■ Schalke 04 heißt Schalke 04 und nicht etwa Schalke 05. ■ Brutto ist was anderes als netto. ■ Der Papst ist immer Katholik, egal, wie er ge-rade heißt. ■ Regieren ist mehr als reagieren, auch wenn es weniger Buchsta-ben hat. Fürs Erste reicht das. Damit kann man, sagen wir, durchaus Kanzler wer-den. Halt. Da fehlen noch die Ziele. Ein schönes Ziel, zum Beispiel, ist, zu sagen, wie viele Arbeitslose man mittelfristig in seinem Land haben will. Die Faustregel

Gründungsjahr 1999

dafür kann sich sogar jeder-
mann leicht merken: Weil es
ein großes Land ist, sollte
die Zahl auch groß sein,
sonst ist es irgendwann kein
Ziel mehr, sondern Quatsch.
Das merkt der Wähler auch.
Politik ist wiederum, wenn
der Kanzler merkt, dass der
Wähler was merken könnte.
Deshalb hat er jetzt auch
flugs erklären lassen, er
habe sich versprochen.

Frankfurter Rundschau

ÖKOSTEUER

Hals nicht voll

Die Ideologen bei den
Grünen und bei der SPD
kriegen den Hals nicht voll:
Schon heute überlegen sie,
wie sie bei der Ökosteuer
nach 2003 weiter draufsat-
teln können. Auch eine
höhere Mehrwertsteuer ist
im Gespräch. Dagegen
stöhnen die Bürger unter der
Last der Steuern und Abga-
ben. Wir brauchen endlich
weniger Steuern! Nur so
kommt die Konjunktur in
Deutschland wieder in
Schwung.

Bild

Kuddelmuddel

Der angebliche Streit
um die Mehrwertsteuer of-
fenbart wieder einmal das
Dilemma der Ökosteuer.
Sozialdemokraten und
Grüne wollen einfach nicht
einsehen, dass dieses
„Wundermittel“ nicht zu-
gleich die Umwelt schonen
und die Lohnnebenkosten
senken kann. Alles in der
Ökonomie hat seinen
Preis. Und bei der Öko-
steuer müssen die Befür-
worter entweder auf die
ökologische Lenkungswir-
kung verzichten oder auf
Einnahmen. Die Experten
der Regierung hätten
einfach beim sozialisti-
schen Wirtschaftstheoreti-
ker und Nobelpreisträger
Jan Tinbergen nach-
schauen müssen. Der hat
den bis heute gültigen
Grundsatz aufgestellt,
dass in der Wirtschaftspoli-
tik ein bestimmtes Instru-
ment immer nur ein Pro-
blem lösen kann. Sonst ent-
steht ein finanzielles Kud-
delmuddel. Und das droht
nun der Bundesregierung.

Rheinische Post

Grüne Steuern

Wennes dem Esel zu wohl
wird, geht er aufs Eis. Auch
die Grünen zeigen mit ihrer
Ankündigung, die Öko-
steuer nach 2003 weiter zu
erhöhen, ähnlichen Über-
mut. Zwar meint Gerhard
Schröder, dies rühre nur von
der Nervosität der Grünen
vor ihrem Parteitag her.
Doch das dürfte eher
Wunschdenken des Kanz-
lers sein. Nicht aus Ängst-
lichkeit, sondern in einer
unerwarteten Mischung aus
Selbstbewusstsein und Sekt-
laune setzen die Grünen auf
Risiko. Vor den beiden
Landtagswahlen in Baden-
Württemberg und Rhein-
land-Pfalz will die Grünen-
Führung mit einem Schluck
aus der Steuerpulle ihre
Landesverbände aufmun-
tern. Die halbwegs über-
standene Fischer-Krise und
der Aufstieg von Renate
Künast haben die Partei of-
fensichtlich in vorgezogene
Siegerstimmung versetzt.

Die Welt



<http://www.CDU.de>

**Bleistift
weiß mit Aufdruck:
<http://www.CDU.de>**

Bestell-Nr. **9036**
100 Expl. 29,70 DM
(15,19 EURO)



**Kugelschreiber
bunt sortiert**

Bestell-Nr. **9102**
100 Expl. 34,00 DM
(17,38 EURO)



Haftnotizblock

Bestell-Nr. **9633**
100 Expl. 59,00 DM
(30,17 EURO)

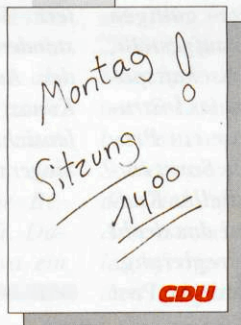


**Papiertragetasche
mit Baumwollkordel
schwarz mit
CDU-Aufdruck:**

Bestell-Nr. **9323**
25 Expl. 25,00 DM
(12,78 EURO)

Notizblock

Bestell-Nr. **9813**
200 Expl. 48,00 DM
(24,54 EURO)





Einkaufswagen-Chip

Bestell-Nr. 9070
100 Expl. 50,00 DM
(25,56 EURO)



Luftballons bunt sortiert

Bestell-Nr. 9304
1.000 Expl. 110,00 DM
(56,24 EURO)

Luftballondrahtstäbe

Bestell-Nr. 9305
500 Expl. 21,50 DM
(10,99 EURO)

Luftballonschnell- verschluss inklusive Halteschnur für Gasballons

Bestell-Nr. 9609
100 Expl. 9,50 DM
(4,86 EURO)

CDU-Papierfähnchen

Bestell-Nr. 9426
1.000 Expl. 95,00 DM
(48,57 EURO)



Gummibärchen- Minitüten verpackt in durchsichtiger Runddose

Bestell-Nr. 9547
100 Expl. 19,90 DM
(10,17 EURO)



Union Betriebs GmbH
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt.

**Unser Dank
für Ihr Vertrauen
CDU**

**BESTELL-
ANSCHRIFT**

*IS-Versandzentrum
Postfach 1465
59306 Ennigerloh
Telefax 02524/911310
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de*

**Überkleber
schwarzer Druck auf
fluoreszierendem grünen Papier**

Bestell-Nr. 8196
Größe 42,5 x 15 cm
250 Expl. 39,50 DM
(20,20 EURO)

Alle Preise gelten zzgl. MwSt. und Versand gemäß Versandbedingungen